Orange The World 2026

Was wir als UN Women Deutschland e.V. fordern

Wir von UN Women Deutschland fordern eine klare Haltung gegen Gewalt an Frauen und Mädchen, eine der häufigsten Menschenrechtsverletzungen weltweit und leider auch in Deutschland.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist kein Randphänomen. Dies belegen Zahlen des Bundeskriminalamtes, des Europäischen Instituts für die Gleichstellung der Geschlechter (EIGE) und von UN Women. Sie zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten, ist allgegenwärtig und hat vielfältige strukturelle Ursachen. Neben dem patriarchal geprägten Machtgefälle zwischen den Geschlechtern gehören dazu auch sexistische Stereotype, die immer stärker anwachsende Manosphere und der dadurch geschürte Frauenhass in sozialen Medien. Wer sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt ist, wer sich bedroht fühlt, wer immer wieder angegriffen und in seiner/ihrer Würde verletzt wird, zieht sich irgendwann zurück, dass zeigen aktuelle Beispiele aus unserer Mitte.

UN Women Deutschland fordert ressortübergreifende, umfassende Gesamtstrategien gegen geschlechtsspezifische Gewalt mit folgenden zentralen Maßnahmen:

- Umfassende Präventionsarbeit gegen geschlechtsspezifische Gewalt ab dem Kindesalter, frei von rassistischen, sexistischen oder anderen diskriminierenden Stereotypen und unter expliziter Einbeziehung von Männern und Jungen.
- Reformen im Sorge- und Umgangsrecht, die den Vorrang des Gewaltschutzes vor dem Umgangsrecht eindeutig sicherstellen.
- Die Sensibilisierung und Qualifizierung von Justiz und Polizei zu sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt.
- Den Ausbau und die verlässliche Finanzierung von gezielter Täterarbeit und flächendeckenden Beratungs- und Schutzangeboten für alle von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffenen, insbesondere von Frauen und Mädchen.

Zudem fordern wir:

- Die Einhaltung und vollständige Umsetzung der **Frauenrechtskonvention (CEDAW**) und der **Istanbul-Konvention**.
- Eine schnelle und ausreichend finanzierte Umsetzung des **Gewalthilfegesetzes**, so dass es den Bedürfnissen aller Frauen und Mädchen gerecht wird. Das gilt auch für den uneingeschränkten Schutz von migrantischen und geflüchteten Frauen und Mädchen sowie trans und nicht-binären Personen.
- Ein klares **gesetzliches Verbot von Catcalling**, verbaler und non-verbaler sexueller Belästigung im öffentlichen Raum.
- Ein **Gesetz gegen digitale Gewalt**, das umfassenden Schutz vor allen Erscheinungsformen digitaler Gewalt – speziell geschlechtsspezifischer Gewalt – gewährleistet und in eine politische Gesamtstrategie eingebettet ist.